



SPD Fraktion im
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt Dortmund

An die
Dortmunder Medien

03.08.07

Kommunaler Einsatzdienst schadet der Bevölkerung – FDP/BL-Fraktion will Systemwechsel zu Lasten der Stadt

Die von der FDP/BL-Fraktion beantragte Einführung eines kommunalen Einsatzdienstes mit 200 Mitarbeitern wird von den Fraktionen der SPD und der GRÜNEN entschieden abgelehnt.

„Den Vorschlag von FDP und Bürgerliste halten wir für völlig überzogen. Mit den Ordnungspartnerschaften und dem Service- und Präsenzdienst sind wir in Dortmund hervorragend aufgestellt und leisten als Stadt wichtige Beiträge für die Sicherheit in unserer Stadt.

Wir entlassen die Polizei nicht aus ihren Zuständigkeiten, es gibt in NRW eine klare Aufgabenteilung zwischen Ordnungsamt und Polizei.

Die SPD-Fraktion lehnt den FDP/BL-Antrag in der Sitzung des Ausschusses für öffentliche Ordnung deshalb mit guten Gründen ab.“, kommentiert SPD-Ratsmitglied **Gerti Zupfer, Vorsitzende des Ausschusses für öffentliche Ordnung, die ablehnende Haltung ihrer Fraktion.**

Wolfram Frebel, Ratsmitglied der GRÜNEN:

„Lärm und Verkehrsbelästigungen bekämpft man nicht mit Reizgas, Handschellen und Schlagstöcken. Wer so etwas wie die FDP nach eigener Aussage ernsthaft vorschlägt, der will nicht eigentlich mehr Sicherheit. Im Gegenteil: Der will einen Systemwechsel weg von den vorhandenen, niedrighwelligen ordnungspolitischen Maßnahmen hin zu mehr Repression. Darüber hinaus offenbaren derartige Vorschläge eine große Unkenntnis: Denn die Anwendung von körperlicher Gewalt ist alleinige Befugnis der Polizei. Und eine zweite Polizei brauchen wir in Dortmund nicht. Wenn die FDP der Meinung ist, dass mehr Polizeikräfte benötigt werden, dann soll sie sich bei ihrem eigenen Innenminister um eine Aufstockung bemühen. Der hat nämlich mit seiner Polizeistrukturereform dafür gesorgt, dass es im Ergebnis mittelfristig weniger Polizeikräfte in unserer Stadt geben wird. Für uns steht fest: Der bisherige Dortmunder Weg mit Ordnungspartnerschaften und Service- und Präsenzdiensten hat sich bewährt. Für uns gibt es keinen Grund, daran zu rütteln.“ Auch das vorgeschlagene Zusammenwürfeln von 200 Beschäftigten der Stadt Dortmund für Streifendiensttätigkeiten lehnen die Fraktionen ganz klar ab.



SPD Fraktion im
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt Dortmund

„Wir brauchen im kommunalen Streifendienst klare Zuständigkeiten und hoch qualifizierte Kräfte. Das FDP/BL-Modell kann diese Standards nicht bieten. Es gibt eine gut funktionierende Kooperation zwischen Ordnungsamt und Polizei. Wir können nicht erkennen, dass die Polizei - wie die FDP/BL-Fraktion behauptet - oftmals über ihre Zuständigkeiten hinaus tätig werden muss. Der Antrag der FDP/BL-Fraktion will die bestehenden Zuständigkeiten der Ordnungs- und Polizeibehörden bewußt zu Lasten der Kommunen verändern. Der Verweis auf die Stadt Frankfurt in Hessen als Modellbeispiel hat für NRW keine Aussagekraft.“, so **Gerti Zupfer** weiter.

SPD und GRÜNE verweisen auf die längst beschlossene Dezentralisierung des Service- und Präsenzdienstes in Dortmund. Danach werden die Streifenkräfte mit dem roten Barett zukünftig ihren Dienst direkt in den Bezirksverwaltungsstellen in den Stadtbezirken aufnehmen und Anfahrtszeiten vermeiden. Durch die Umstellung der Beschäftigungsmaßnahmen haben die 83 Einsatzkräfte des Service- und Präsenzdienstes längere Arbeitszeiten, nämlich jetzt 40 Wochenstunden und zuvor 30 Wochenstunden und stehen für Streifendienste auch länger zur Verfügung.

Dazu **Gerti Zupfer** abschließend :

„Die Ausweitung und Dezentralisierung des Service- und Präsenzdienst ist der richtige Weg für Dortmund. Eine Ausweitung der Ordnungspartnerschaften scheitert stets daran, dass die Polizei keine weiteren Polizeikräfte dafür zur Verfügung stellt. Wir erwarten in Kürze einen umfassenden Bericht der Verwaltung zum Sachstand zur Ausweitung und Dezentralisierung des Service- und Präsenzdienst.“